

WOLFGANG GEHRCKE

Über Kenntlichkeit und Unkenntlichkeit – Marxismus und Stalinismus

Wolfgang Gehrcke –
Jg. 1943, von Beruf Journalist; Mitbegründer von SDAJ und DKP, einige Jahre Vorsitzender der SDAJ und Bezirksvorsitzender der DKP in Hamburg, im Januar 1990 (nach dem Scheitern des Versuchs einer Erneuerung der DKP) Austritt und Beteiligung an dem Versuch, ein Sozialistisches Forum aufzubauen, einer der Initiatoren für eine Linke Liste/PDS; z.Z. stellvertretender Vorsitzender der PDS.

Der Marxismus als Theorie der Befreiung

»Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projizierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!« (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung).

Mit diesem kategorischen Imperativ beschrieb Marx 1843 in dieser Frühschrift Gegenstand, Ziel und Richtung seiner Bestrebungen. Ihm ging es nicht um die Verkündung einer abstrakten Norm oder eines weltverbessernden Ideals, sondern um die – im doppelten Wortsinn – Aufhebung von Zuständen. Diese Aufhebung sollte sich am Menschen (»ad hominem«) demonstrieren und in diesem Sinne an die Wurzel gehend radikal sein. »Die Wurzel für den Menschen«, so Marx, »ist aber der Mensch selbst.« Die zentrale Kategorie des Werkes von Marx war der Mensch und seine Befreiung.

Ich stelle diese Marxschen Überlegungen an den Beginn meiner Ausführungen, nicht nur um den eigenen Standort zu beschreiben, sondern vielmehr um deutlich zu machen, daß Analyse von Geschichte und deren individuelle Bewertung nicht voraussetzungs-frei sind, sondern einen ideengeschichtlichen Hintergrund haben.

Die Analyse, die wir zu leisten haben, wenn wir den 60. Jahrestag der Moskauer Schauprozesse zum Anlaß und nicht zum alleinigen Gegenstand unserer Veranstaltung nehmen, muß über das Faktische hinaus diesen Hintergrund einbeziehen. Das setzt aber voraus, Fakten zu kennen und Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Beides ist nicht identisch und beides ist offensichtlich ein Problem. Die Forschung über den Stalinismus ist heute umfangreich und fundiert. Daran haben u.a. Referentinnen und Referenten der heutigen Veranstaltung ihren Anteil. Der Zugang zu Quellen hat sich entschieden verbessert. Dies ist wichtig. Trotzdem bleibt die Sicherung, Aufbereitung und Öffentlichkeit historischer Bestände eine gemeinsame Sorge aller an der Forschung Interessierten. Ich wünsche mir allerdings, daß Publizistinnen und Publizisten die gleiche Sorgfalt und geschichtliche Sensibilität an den Tag legen wie die Archivarinnen und Archivare, die ihnen die Quellen für ihre Veröffentlichung erschlossen haben.

An Grundlagenforschung über den Stalinismus mangelt es heute

nicht mehr, und auf die Einrede des Unbekannten kann man sich nicht mehr zurückziehen. Zumindest kann man heute im Grundsatz kennenlernen, was man wissen will. Etwas anderes sind die vielfachen mentalen Sperren, Vorliegendes auch zur Kenntnis zu nehmen. Diese Sperren sind weit schwieriger zu durchbrechen und verhindern immer wieder einen vorurteilsfreien Blick auf die Vergangenheit.

Eine Ursache mentaler Verweigerung – sicher nicht die alleinige und wohl auch nicht die wichtigste –, geschichtliche Fakten zur Kenntnis zu nehmen, ist das begründete Gefühl, daß Geschichte und ihre Ausdeutung genutzt werden, um gesellschaftliche Hegemonie herzustellen bzw. aufzubrechen. Der Zusammenhang von Geschichte, dem Interpretationsmonopol der Geschichte und von Macht und Machtsicherung und damit von Herrschaftssicherung ist nicht neu.

Stefan Heym beschreibt diesen Mechanismus in seinem 1972 erschienenen »König David Bericht« anschaulich. Dieser Zustand wird zu Recht von Historikerinnen und Historikern kritisiert, aber auch er ist gesellschaftliche Realität. Parteien streben ob ihrer Funktion nicht immer nach Wahrheit, sondern oftmals nach Mehrheit und einem günstigen Urteil der Geschichte. Die Geschichte jedoch selbst muß man erforschen. Man darf sie nicht eigenwillig umschreiben. Geschichte ist, wie sie war. Ein Geschichtsbild kann sich ändern.

Für die Ausprägung eines Geschichtsbildes ist die Kenntnis historischer Verläufe ebenso unverzichtbar, wie es unverzichtbar ist, Maßstäbe für das eigene Urteil zu gewinnen. Wer darauf verzichtet, wird zum Spielball des jeweiligen Zeitgeistes.

Geschichte läßt sich nicht – zumindest nicht auf Dauer – nach der Methode »Die guten ins Töpfchen – die schlechten ins Kröpfchen« teilen oder gar durch Entschuldigungen nach allen Seiten aufarbeiten. Es kann nicht überzeugen – um ein immer wieder aktuelles Problem aufzugreifen –, dazu zu schweigen, daß einzelne Machtzentren der DDR-Gesellschaft – zum Beispiel das Ministerium für Staatssicherheit oder das SED-Politbüro – zum Reich des Bösen erklärt werden, wenn man gleichzeitig weiß, daß auch verfassungsmäßig der Führungsanspruch bei der SED lag. Abgesehen davon, daß eine solcherart begründete Hoffnung auf kollektiven Freispruch einschließlich der Annahme in der heutigen Gesellschaft auf Sand gebaut ist, wäre sie moralisch – weil sie den individuellen Schuldspruch akzeptiert – höchst verwerflich und politisch kurzsichtig. Wer aber Interessantes, Aufnahme- und Ausbaufähiges in der DDR-Gesellschaft für sich reklamiert, kann die verbleibenden problematischen Seiten nicht anderen überlassen. Eine juristische Bearbeitung der Geschichte muß scheitern und richtet Schaden auch für den Rechtsstaat an. Keine Strafe ohne Gesetz und volle Wirksamkeit des Rückwirkungsverbots des Grundgesetzes in Ost und West – das sind elementare Regeln von Rechtsstaatlichkeit. Es ist auch eine Erfahrung des Realsozialismus, daß Demokratie in Gefahr ist, wo das Recht politischer Opportunität folgt. Eine andere Frage, deren Beantwortung aber gerade nicht Angeklagten in politisch motivierten Strafprozessen abzufordern

ist, ist der Vergleich von sozialistischen Ansprüchen an die Gesellschaft und ihre Widerspiegelung im geschriebenen Recht.

Die PDS ist ohne Bezug zu ihrer Geschichte, ohne den skizzierten ideengeschichtlichen Hintergrund, weder gegenwarts- noch zukunfts-fähig. Diese Geschichte beginnt nicht erst 1989. Das nehmen wir für unsere individuellen Biographien selbstbewußt in Anspruch und verdrängen es nur allzugern für unsere kollektive Biographie.

Die PDS ist einen bemerkenswerten Weg vom ideologiesteuerten Reagieren zur politischen Gestaltungsfähigkeit gegangen. Es bleibt aber der Zweifel, ob Ideologie nicht alltagssprachlich mit Theorie gleichgesetzt wird. Es ist nicht auszuschließen, daß der neoliberale Zeitgeist mit seiner Feindschaft gegenüber Theorie auch auf Linke abgefärbt hat. Der Hund des Zweifels, daß Sozialismus »Mega-Out« sei, schläft auch bei Sozialistinnen und Sozialisten leicht. Eine sozialistische Partei ohne theoretische Vorstellungen über die Gesellschaft, ihre Entwicklungs- und Zerstörungspotentiale, ohne Normen und Werte, ist gesellschaftlich ohne Bedeutung, auch dann, wenn diese Partei zeitweilig Stimmen und Stimmungen sammelt. Es geht also um den steinigten Weg vom Abstrakten zum Konkreten, der an geschichtlichen Erfahrungen und nicht an postulierten Grundwerten abzumessen ist. Um nicht mehr und nicht weniger.

Das Ziel ist eine geschichtlich begründete Vorstellung der heutigen Gesellschaft, einschließlich ihrer Veränderungspotentiale. Entgegen vielen landläufigen Meinungen schreibt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keine wirtschaftliche Ordnung zwingend vor. Zwingend festgeschrieben – und dies ist zu verteidigen – sind jedoch Grund- und Menschenrechte. Eine geschichtlich begründete Vorstellung der Gesellschaft ist geschichtsoffen. Geschichte als den offenen Prozeß von Alternativen zu begreifen, ist unter anderem ein wichtiger Unterschied zu konservativen Denkvorstellungen. In der Begründung ihres noch gültigen Grundsatzzprogramms spricht die CDU davon, daß es ihr Ziel sei, sich ein »... geschichtsrichtiges Programm zu geben, das als Regel das politische Handeln bestimmen und steuern soll« (Prof. Hermann Krings, CDU-Grundsatzkommission, Bonn 1977).

Dieser Determinismus des »Geschichtsrichtigen«, d.h. der Übereinstimmung des eigenen Handelns mit dem Verlauf der Geschichte, ist uns vertraut. Aber er widerspricht grundsätzlich dem, was wir mit unseren Fragen an die Geschichte suchen: Kenntnis und Erkenntnis; Denken in Alternativen; Nichtwiederholbarkeit statt Vorbestimmung.

Wir müssen uns dem Problem stellen, daß im Sinne von Marx und Engels die Praxis – nicht die Absicht – ein zulässiges Kriterium der Beweisführung ist: »The proof of the Pudding is in the eating«, wie es Engels im Anti-Dühring beiläufig formulierte oder, wie es Christen ausdrücken: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Es ist nicht entscheidend, ob eine Auffassung sich selbst als »links« bezeichnet, sondern es ist nach ihren Inhalten und politischen Methoden zu fragen. Ein verlässlicher Maßstab für linke Politik, zumindest der von Marx und Engels, wäre es, ob eine solche Politik – theoretisch wie praktisch – auf die zunehmende Emanzi-

pation des Individuums gerichtet ist. Darin vergegenständlicht sich der Befreiungsanspruch der Marx'schen Lehre.

Ein neuer unverstellter Blick auf die Grundgedanken von Marx ist hilfreich, er hilft aber der sozialistischen Theorie noch nicht aus ihrer Krise. Wer die anhaltende Krise sozialistischer Theorien in eine Krise falscher Marxinterpretationen ummünzen will oder die Ursache des Scheiterns des Realsozialismus nur in einer schlechten Ausführung einer »an sich« richtigen Lehre sucht, verliert die Ansprüche aus dem Auge, die Marx und Engels an sich selbst gestellt haben.

In der Sprache der Frühschriften: Die Kritik aller Religionen läßt sich nicht wie irgendeine Religion verteidigen, indem man eine »reine Lehre« aus dem Hut zieht, die von den praktischen Sünden ihrer Anhänger nicht befleckt werden konnte. Einiges in der PDS erinnert mich daran. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn zwischen den Grundgedanken von Marx und der kommunistischen Praxis tiefe Widersprüche auftreten, ist die angemessene Antwort nicht nur eine theoretische Kritik dieser Praxis, sondern ebenso sehr eine praktische Kritik der Theorie. Dies ist aus meiner Sicht auch eine mögliche Antwort auf Ernst Blochs fragende Herausforderung, ob sich der Marxismus im Stalinismus zur Unkenntlichkeit oder zur Kenntlichkeit verändert hat: theoretische Kritik der Praxis und praktische Kritik der Theorie.

Wer solcherart dialektische Kritik gegen sich selbst nicht geltend macht, erhält sich Marx, Engels, Lenin und andere als unbefleckte Säulenheilige, zahlt dafür aber einen hohen Preis geistiger Unverbindlich- und politischer Einflußlosigkeit. Nur wer die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit sucht, kann sich mit Aussicht auf Erfolg in die heutigen Auseinandersetzungen begeben.

Grundsätzliche Differenzen zwischen Marxismus und Stalinismus

Am Beginn des Weges, nicht an seinem Anfang, von dem wir Aspekte und nicht den ganzen Weg ausleuchten wollen, stand die Oktoberrevolution 1917 in Rußland. Unsere heutige Diskussion hat nicht das Ziel, dieses weltgeschichtliche Ereignis, dessen achtzigste Wiederkehr sich dieses Jahr vollzieht, umfassend zu würdigen oder gar die Geschichte der Oktoberrevolution und der Sowjetunion in eine Geschichte des Stalinismus umzuinterpretieren. Mit der Oktoberrevolution schien die sozialistische Zielvorstellung zum ersten Male Realität anzunehmen. Dieser erste Versuch, eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten und das kapitalistische Profitsystem zu überwinden, ist unter fortschrittlichen Kräften bis auf den heutigen Tag idealisiert worden, ebenso wie er in anderen Teilen der Gesellschaft dämonisiert wurde und wird. In dem Maße, in dem die Wahrheit über die Verbrechen des Stalinismus bekannt und anerkannt wurde, brachen Idealisierungen und Illusionen über die sozialistischen Länder zusammen. Heute kommt es darauf an, aus der Idealisierung nicht in den umgekehrten Fehler zu verfallen und den Sozialismus als bloßen Irrtum der Geschichte abzuhaken und ad acta zu legen.

Die Früchte vom Baum theoretischer Erkenntnisse waren in der Praxis des Realsozialismus sehr unterschiedlicher Natur: unter-

schiedlich in den Zeiten; unterschiedlich in den Ländern; unterschiedlich in der Akzeptanz der Bevölkerung. Jede Entwicklung ging mit ihrem Gegenteil schwanger: Emanzipation und Antiemanzipation, Weltoffenheit und Kleinbürgertum, Aufklärung und Despotismus.

Selbstverständlich ist die Zeit des »Hochstalinismus« nicht identisch oder etwa gleichzusetzen mit späteren Abschnitten. Unterschiede in einzelnen Ländern sind unverkennbar. Keiner sollte den Unterschied zwischen der Lubjanka und Hohenschönhausen verwischen. Auch der Realsozialismus durchlief nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine »zivilisierende« Entwicklung. Ein Abbau terroristischer Seiten, ein Mehr an sozialer Sicherheit, eine größere Rolle des Individuums, eine größere Offenheit, friedenspolitische Initiativen und gesellschaftliche Differenzierung sind als Tendenzen zu benennen. Gerade aus dieser Entwicklung entstanden neue Widersprüche, in deren Nichtbewältigung aktuelle Gründe des Scheiterns liegen. Daraus allerdings zu schlußfolgern, daß der XX. Parteitag die Abkehr von Stalin und damit der Anfang vom Ende war, ist tückisch für diejenigen, die dieses Argument benutzen. Es beinhaltet doch das Eingeständnis, daß Sozialismus nur in Verbindung mit Repression überlebensfähig war. Ein »Sozialismus der Repression« unterscheidet sich prinzipiell nicht oder nur wenig von einem »repressiven Kapitalismus«. Im Gegenteil: Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß in vielen Ländern einem repressiven Kapitalismus zivile Zugeständnisse abgerungen und rechtlich verankert wurden. Für einen repressiven Sozialismus zu kämpfen macht für Menschen, die einen repressiven Kapitalismus ablehnen und bekämpfen, keinen Sinn. Die organische Einheit von Demokratie und Sozialismus als Ziel, Weg und Methode ist wohl der bedeutsamste Fortschritt in der Programmatik und der Politik der PDS.

Gerade wenn man sich um eine differenzierte Beurteilung sorgt, ist die Frage nach gleichen strukturellen Defiziten schärfer zu stellen. Anstatt die Oktoberrevolution und die ihr folgende Zeit als Anfangsetappe eines langen historischen Prozesses aufzufassen, wurde sie als ein universelles Modell, das mit gewissen Modifikationen für alle Länder geeignet ist, übernommen. Durch den immer stärker werdenden Zentralismus der Kommunistischen Internationale verbreiteten sich Utopismus und Voluntarismus. Die kritiklose Identifikation mit dem russischen Weg machte blind für die tatsächliche Entwicklung, für mögliche Alternativen und führte zur Übernahme stalinistischer Praktiken und zu utopischen Programmen.

Durch alle Widersprüche hindurch wird es heute immer deutlicher, daß der Stalinismus in der Entwicklung des Realsozialismus eine relativ selbständige Formation darstellte. Er konnte an dogmatisierte Vorstellungen sozialistischer Theorien anknüpfen und erhielt seine Ausprägung durch den Akt der gewaltsamen Machtergreifung, dem die gewaltsame Machtverteidigung auf dem Fuße folgte. Seine Ausprägung wurde befördert durch das Ausbleiben revolutionärer Entwicklungen im Westen. Die Theorie des Aufbaus des Sozialismus in einem Land schnitt die Entwicklung von den sozialistischen Diskursen im Westen ab. Die stalinistischen Normen wurden weltweit in der kommunistischen Bewegung zur herr-

schenden Idee, die keinen Widerspruch duldete. Daran haben undogmatische Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialistinnen und Sozialisten und bürgerliche Demokraten immer wieder Kritik geübt. Ihre Kritik wurde als Antikommunismus verleumdet und entstellt. Auch ich habe mich in diesem Sinne mit meinem Verhalten auseinandersetzen. Selbstverständlich hat auch der Umstand der ständigen äußeren Bedrohungen – angefangen von den Interventionen am Beginn der Sowjetmacht über die Isolierungspolitik und den faschistischen Weltkrieg bis zum Kalten Krieg nach 1945 – der Entwicklung des Sozialismus seinen Stempel aufgedrückt.

Aus diesen Gründen steht Kritik jenen nicht zu, die mit einer Politik der Isolierung und Kriminalisierung, des »roll back« des Kommunismus, des Wettrüstens und eigener Kommunistenverfolgung eben jene Abschottung betrieben haben, die sie in Sonntagsgesprächen bedauerten und bedauern.

Das politische System des Stalinismus war der in Macht gegossene Avantgardeanspruch, den namens einer von ihrer Macht entfremdeten Klasse eine zentralistische Partei und letztlich nur noch deren Führung und/oder einzelne ihrer Führer realisierten. Partei- und Staatsmacht verschmolzen zu einem einheitlichen System ohne Gewaltenteilung. Terror und die Abwesenheit von Demokratie und Rechtssicherheit waren für diese Zeit konstituierend. Um nur einiges zu nennen: Auf Beschluß des Politbüros der KPdSU wurde die Folter offizielle Vernehmungsmethode. Für Verhaftungen wurden Planziele vorgegeben. Für »Volksfeinde« galt »Sippenhaft«. Ihre Kinder waren ab dem 12. Lebensjahr strafmündig. Unter Stalin wurde der Terror zum System, wurde der Staat zum kollektiven Terroristen.

Aber auch hier reichen die Wurzeln tiefer. Während die Oktoberrevolution und ihre Machtorgane – einschließlich der Regierung und des Rates der Volkskommissare – sich politisch noch auf mehrere linke Parteien stützen konnten, sich Diskussionen frei entwickelten, verengte sich die politische und soziale Basis systematisch nach der siegreichen Revolution. Kronstadt und das »Fraktionsverbot« des X. Parteitagess stehen für diese Entwicklung. Das Verbot anderer konkurrierender Parteien – einschließlich konkurrierender Linksparteien –, ihre Ausschaltung aus den Parlamenten, beförderten eine Tendenz, gesellschaftliche Probleme durch Gewalt zu lösen. Stalin hat in späteren Jahren in der ihm eigenen Vereinfachung auf die Leninsche Feststellung »Große Fragen werden im Leben der Völker mit Gewalt entschieden« (Lenin, Werke Bd. 31, S. 141) zurückgreifen können. Revolutionen – feudale und bürgerliche wie sozialistische – entfalten aus ihrem gewaltsamen Ursprung heraus vielfach eine zerstörerische und selbstzerstörerische Seite, wenn diese nicht durch nachfolgende demokratische Entwicklungen gebändigt wird.

Lenin war in dieser Frage widersprüchlich. Seine »Neue ökonomische Politik« zielte auf eine solche demokratische Bändigung. Aber es war auch Lenin, der mit dazu beigetragen hat, den Terror in der Sowjetunion gesetzlich zu verankern, d.h., dem Terror seine willkürliche Seite zu nehmen – um den Preis, die Willkür zur Möglichkeit der Regel zu machen. Lenin schrieb am 17.5.1922 an den

Volkskommissar für Justiz Kurski: »Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen – das zu versprechen wäre Selbstbetrug oder Betrug –, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern. Die Formulierung muß so weitgefaßt wie möglich sein, denn nur das revolutionäre Rechtsbewußtsein und das revolutionäre Gewissen legen die Bedingungen fest für die mehr oder minder breite Anwendung in der Praxis« (Lenin, Werke Bd. 33, S. 344).

Wir wissen heute, daß revolutionäres Rechtsbewußtsein und revolutionäres Gewissen ebenso unsichere Kantonisten sind wie der angeblich gesunde Menschenverstand und, daß der Weg, die spontane Willkür der Revolution zu bändigen, indem sie zum Recht gemacht wurden, gründlich gescheitert ist. Auch und gerade das Recht der Revolution muß sich an den Normen der Revolution, an ihren Zielen messen.

Die stalinistische Herrschaft funktionierte auf der Grundlage einer umfassenden Verstaatlichung der Gesellschaft und nicht auf einer Vergesellschaftung des Staates. Auf das Verhältnis Staat und zivile Gesellschaft hat die Produktivkraftentwicklung einen prägenden Einfluß. In einer falschen Marx-Rezeption wurde die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als eine vorwiegend quantitative erfaßt. Dem Staat kam die entscheidende Funktion zu, in historisch kürzester Frist die Produktivkraftentwicklung voranzutreiben. Die gewaltsame Entwicklung der Produktivkräfte führte einerseits zur Dominanz des Staates in dieser Sphäre, andererseits zu einer Militarisierung (Arbeiterarmeen) der Produzenten und zu außerordentlich störanfälligen Beziehungen zwischen Produktion, Konsumtion und Verteilung. Die soziale Hauptstütze eines solchermaßen »staatsmonopolistischen Systems« war eine breite bürokratische Schicht, unter der zugleich Dynamik und Erneuerungsfähigkeit abstarben. Macht rangierte vor Hegemonie.

Nun hat Marx die Frage nach der quantitativen Seite der Produktivkräfte nicht besonders gewichtet. Seine zentrale Frage war die Frage der Beherrschbarkeit der Produktivkraft als Bedingung ihrer weiteren Entwicklung. Die Produktivkraftentwicklung der sozialistischen Länder war in vielfacher Hinsicht eine nachholende des Kapitalismus mit ähnlichen Deformationen und geringerer Effizienz. Der Stalinismus war auch in dieser Frage der Bruch und nicht die Kontinuität mit Marx.

Der Bruch mit stalinistisch geprägten Strukturen und mit stalinistisch verfaßter Gesellschaft war aus sozialistischer Sicht notwendig und legitim. Ebenso legitim wie der Versuch, nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges in Rußland mit der Oktoberrevolution eine neue gesellschaftliche Entwicklung einzuleiten. Und ebenso legitim war es, nach dem Faschismus und seinem Zweiten Weltkrieg mit der DDR einen anderen, einen antifaschistischen-demokratischen Weg in Deutschland zu gehen.

Die Welt ist anders – aber ist sie auch besser geworden? Innerhalb weniger Jahre hat der Kapitalismus – nun mehr uneingeschränkt auf seiner eigenen Basis – seine zerstörerischen Potenzen in einer derartigen Geschwindigkeit entwickelt, daß er global umfassend und kaum reparabel Gesellschaftlichkeit vernichtet. Seine

neoliberale Variante, sein Wachstum ohne Grenzen und ohne demokratische Steuerung, ohne soziale Bindung sowie sein Raubbau an der Natur sind zum Scheitern verurteilt.

Was aber werden die Alternativen sein?

Es ist heute hohe Zeit, wieder über den Sozialismus zu reden.

Geschichte als »Bringeschuld«

Am 1. Juni 1987 – also vor knapp 10 Jahren – wandten sich europäische Intellektuelle, Sozialistinnen und Sozialisten, darunter Jacob Moneta, Peter von Oertzen, Oskar Negt u.a., an den Botschafter der UdSSR in Bonn und forderten die vollständige Rehabilitierung der Opfer der Moskauer Schauprozesse. »Sie müssen umgehend rehabilitiert, ihre Ehre muß wiederhergestellt werden. Ihre Familien müssen entschädigt und ihre Gräber gekennzeichnet werden,« schrieben sie damals. Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten forderten sie auf, sich nicht weiter gleichgültig gegenüber den Schicksalen von Opfern der Säuberungen zu verhalten. Tausende sind ihres Lebens und ihrer Freiheit im Namen jener Revolution, der sie ihr Leben widmeten, beraubt worden und sie wurden totgeschwiegen.

In seinem »König David Bericht« läßt Stefan Heym König Salomo den Autor des David Berichtes Ethan, Sohn des Hoshaja, der bei der Abfassung des Berichtes zu wenig an der Wahrheit vorbeigehen konnte, zum Totschweigen verurteilen: »Darum nun soll er zu Tode geschwiegen werden; keines seiner Worte soll das Ohr des Volkes erreichen, ... auf daß sein Name vergessen sei, so als wäre er nie geboren worden und hätte nie eine Zeile geschrieben.«

Zehn Jahre sind seit dem Appell europäischer Intellektueller vergangen. Es bleibt trotz vieler Arbeit eine Bringeschuld, die Archive zu befragen, weiter zu forschen und zu analysieren, die Dinge öffentlich beim Namen zu nennen. Leben und Freiheit zurückgeben, das kann niemand. Namen und Würde zurückgeben, gegen das Vergessen aufstehen, Wahrheit wiederherstellen, dazu sind wir in der Lage. Wenn ich von »Bringeschuld« in bezug auf die PDS spreche, dann nicht deshalb, weil andere uns etwas abfordern und wir es erbringen. Bringeschuld heißt, daß wir selbst um unser selbst willen dazu bereit sein müssen. Wahrheit in Scheiben geteilt wird zur Unwahrheit. Wahrheit aus Mangel an Auswegen zugestanden wird zur Heuchelei. Es ist ein Irrglaube, daß Zeit Wunden heilt. Aus diesem Grund – und aus keinem anderen – haben wir uns zu dieser Veranstaltung an diesem Termin entschlossen.

Ich darf zum Abschluß noch einmal Stefan Heym aus dem »König David Bericht« zitieren, der meine Gefühle ausdrückt, wenn ich über den Sozialismus – auch den gewesenen – nachdenke. Nach der Ausweisung des Autors des König David Berichtes aus Jerusalem läßt er diesen sagen: »Als wir aber den Bach Kidron überquert und die Höhe am anderen Ufer erklommen hatten, hielt ich an, um einen letzten Blick auf die Stadt Davids zu werfen. Und ich sah sie liegen auf ihren Hügeln, und ich wollte sie verfluchen; doch ich konnte es nicht, denn ein großer Glanz des HERRN lag über Jerusholayim im Lichte des Morgens.«

Nachsatz:

Der Presse entnehme ich, daß sich die Französische Kommunistische Partei am 23. Juni 1997 zu gleicher Problematik geäußert hat. Der Nationalsekretär (Vorsitzende) der FKP, Robert Hue, erklärte dort, daß die Kommunistische Partei »ihre gesamte Geschichte« auf sich nehmen müsse. Hue: »Es war ein ungeheurer Verlust für alle Kommunisten, unterschiedliche Auffassungen durch bedingungsloses Insistieren auf der Parteilinie regeln zu wollen ... «.